

Niederösterreichische Handelskammer.

Rede des Präsidenten Herrenhausmitgliedes Paul R. v. Schoeller.

Die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer hielt gestern eine öffentliche Plenarsitzung. Der Präsident Herrenhausmitglied Paul R. v. Schoeller eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache:

Wir treten zu unserer heutigen Tagung unter dem Eindruck eines Ereignisses zusammen, das selbst in der gegenwärtigen, von Aufregungen aller Art bewegten Zeit für uns die Geschehnisse in dem gewaltigen Ringen der Völker momentan in den Hintergrund drängt. Vor wenigen Tagen ist das Haupt der österreichischen Regierung, Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh, einem in seinen Beweggründen noch unaufgeklärten und für unser Denken und Fühlen unfassbaren Anschlag zum Opfer gefallen. Mitten aus seiner unermüdbaren Tätigkeit heraus wurde er durch ein tragisches Geschick dem Leben entzissen, wurde seine glänzende Laufbahn durch blindes Verhängnis jäh zerstört. In Graf Stürgkh ist ein Staatsmann von reicher Erfahrung und hochmüthiger Denkungsart dahingegangen, dem nahezu durch ein Lustrum in Oesterreichs schwerster Zeit die Leitung der Geschicke des Landes anvertraut war. Sein jäher Heimgang und die von Kriegslärm erfüllte Zeit lassen sein Lebenswerk heute noch nicht klar vor uns erscheinen; doch jetzt schon wissen wir, daß mit ihm ein treuer Balladiner eines Monarchen, ein hingebungsvoller Diener des Staates, ein edler Mensch dahingeshoben ist. In leidenschaftsloser, ehrlicher Bemühung hat er bis zu seinem letzten Atemzuge den Regierungsgeschäften in einer Zeit vorgestanden, in der die Widerstandsfähigkeit und innere Kraft unseres Reiches den schwersten Belastungsproben ausgesetzt war. Wir wollen heute der Zuversicht Ausdruck geben, daß die Lücke, die sein Tod in der Leitung unseres Staatswesens gerissen hat, ohne schmerzliche Erschütterung unseres öffentlichen Lebens vernarben wird. Dem aufopfernden Wirken und redlichen Streben des Verbliebenen wird auch die Kammer ein treues Gedenken weihen. Das Präsidium hat dem k. k. Ministerrat seine Anteilnahme an dem schmerzlichen Verluste zum Ausdruck gebracht und auch an dem Leichenbegängnisse teilgenommen. Die Herren haben sich zum Zeichen ihrer Trauer von den Sitzen erhoben und erteilen mir wohl die Ermächtigung, daß diese Trauerkundgebung dem Protokolle der heutigen Sitzung einverleibt wird.

Infolge des tragischen Geschicks des gewesenen Ministerpräsidenten stehen wir nunmehr auch vor einem Wechsel in der Leitung der Regierungsgeschäfte. Er läßt uns mit besonderer Stärke die Wichtigkeit der Fragen empfinden, welche ohnedies in diesen letzten Tagen unsere ganze Aufmerksamkeit gefangen genommen hatten und alle politischen und wirtschaftlichen Kreise auf das nachhaltigste beschäftigten. Die Kreise von Handel, Gewerbe und Industrie, die wir hier zu vertreten haben, haben es seit der letzten Wahlrechtsreform stark empfunden, daß sie ihre Stimme in den gesetzgebenden Körperschaften nicht immer mit jener Unmittelbarkeit erheben konnten, die ihnen früher gesichert war. Aber sie haben sich in diese Sachlage finden müssen und getrachtet, durch den Ernst und die Sachlichkeit ihrer Beratungen und Arbeiten die Beachtung und richtige Wertung der aus der Gesamtheit des Volkes hervorgegangenen Volksvertreter zu finden und auf diese Weise gebührende Berücksichtigung auch in der Gesetzgebung zu erreichen. Gerade die industrielle und kommerzielle Tätigkeit greift so sehr in alle Beziehungen des Gesellschaftslebens hinein, sucht so sehr auf der Verständigung der verschiedenen Gesellschaftsgruppen im Staat selbst, wie auf Regelungen und Vereinbarungen mit anderen Staaten, daß nur die freie Erörterung dieser viel verzweigten Beziehungen volle Klarheit schaffen und nur durch sie die richtige Grundlage für die sie betreffende Gesetzgebung gefunden werden kann. Besonders wäre diese Erörterung und Aussprache von Nöten gewesen in einer Zeit wie der gegenwärtigen, wo gerade alle wirtschaftlichen Dinge durch den Krieg bis auf den Grund umgestürzt und verändert wurden und allüberall ganz neue Ordnungen notwendig erschienen. Unsere Kreise mußten es daher besonders bedauern, daß in dieser Zeit die wichtigste Tribüne für derlei Beratungen, unser Reichsrat, nicht Gelegenheit hatte, zu all den Fragen Stellung zu nehmen, die so tief unsere Gegenwart und unsere Zukunft berühren. Ich glaube daher Ihrer aller Zustimmung sicher zu sein, wenn ich auch an dieser Stelle dem entschiedenen Wunsche Ausdruck gebe, daß unser Kreis, insbesondere die Wiener Handels- und Gewerbekammer, die Einberufung des Reichsrates und dessen Besassung mit den wichtigen politischen und wirtschaftlichen Staatsfragen, als ein dringendes Gebot der Notwendigkeit ansetzt. Ich halte diese Auffassung so sehr mit unserer besonderen Berufsstellung verknüpft, daß ich auch überzeugt bin, daß unsere Schwesternkammern eine gleiche Stellung einnehmen werden, wie denn auch nach meiner Kenntnis bereits die gegenwärtige Vertretung der Triester Handels- und Gewerbekammer sich in gleichem Sinne ausgesprochen hat.

Von den Aufgaben, die dem Parlamente und der neuen Regierung bevorstehen, betrifft uns eine in besonders naher Weise. Es ist dies die Regelung unseres Verhältnisses zu Ungarn. Wir haben ja zu dieser Frage gemeinsam mit unseren Schwesternkammern bereits in eingehender und wohlbegründeter Weise Stellung genommen und wir erwarten zuversichtlich, daß die Vorschläge und Wünsche, die wir vorgebracht haben und die sämtlich geleitet sind von dem Wunsche nach entgegenkommender Verständigung, hierbei nicht übergangen werden. Denn durch nichts würde dieser Geist der Verständigung und des Zusammenschlusses, der uns leitet, mehr leiden oder mehr bloßgestellt werden, als wenn die Ergebnisse so

vieler mühseliger Ausgleichs und Kompromisse, als die sich ja die gegenwärtige Regelung unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zu Ungarn darstellt, auf einmal nach der einen oder anderen Richtung schwerwiegende Veränderungen zu unserem Nachteil erfahren würden. Wir wollen daher hoffen, daß es bereits gelungen ist oder noch gelingen wird, den Geist der Gemeinsamkeit, der unsere Truppen auf dem Schlachtfelde befeuert, auch in dem zu erneuernden Wirtschaftsbündnis der beiden Staaten der Monarchie zum Ausdruck zu bringen und dieses gleichzeitig zu einer geeigneten Grundlage einer erspriesslichen Verständigung mit dem uns so eng verbündeten Deutschen Reiche machen wird. Für die sachgemäße Vollenbung dieses Wirtschaftsbündnisses und für dessen unangefochtenen Bestand, der gerade mit Rücksicht auf seine Auswirkung nach außen diesmal besonders wichtig ist, erscheint uns aber sein Zustandekommen auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wege ein unbedingtes Erfordernis, dessen Außerachtlassung mit größten Gefahren verbunden wäre.

Wir erhoffen und erwarten von dem kommenden Leiter des Staates und von dem Reichsrat auch die entsprechende Lösung der so außerordentlich wichtig und dringlich gewordenen Ernährungsfragen. Wir sind überzeugt, daß unsere Bevölkerung gewillt ist, die durch die Natur der Dinge gebotenen Einschränkungen, ja selbst gewisse Entbehrungen, willig auf sich zu nehmen und damit den vollen Erfolg der Heldentaten unserer und der verbündeten Heere gegen alle Hungersnöte und Anschläge der Feinde zu sichern. Aber wir können auch mit vollem Recht verlangen, daß diese Einschränkungen auf ein möglichst gleichmäßiges Maß und auf einen möglichst geringen Grad herabgesetzt werden, wozu in erster Linie ein einheitliches Vorgehen der an der Versorgung der Gesamtbevölkerung beteiligten Faktoren, nämlich der Kriegsverwaltung, der österreichischen und der ungarischen Regierung notwendig ist.

Damit habe ich nur die zwei wichtigsten Gegenstände wirtschaftlicher Natur hervorgehoben, von denen jedem in seiner Art heute besondere Dringlichkeit zukommt. Noch nicht will ich derzeit reden von der Vereinigung der wichtigsten Finanzfragen, von der Vorbereitung der Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft, von der Stellungnahme zu allen den sich nach dem Krieg auftuenden wirtschaftlichen Problemen, die alle nur durch ein zielbewusstes, einheitliches Vorgehen aller Bevölkerungskreise ihre richtige Erledigung werden finden können. Es muß Raum dafür geschaffen werden, daß alle die tragenden Kräfte des Staates, alle, die dazu berufen sind, an diesen großen Aufgaben mitwirken können, getragen von dem gesteigerten oder wiedergewonnenen Selbstvertrauen, zu dem ihnen diese schwere Prüfungszeit verholfen hat.

Soweit wir in Frage kommen, die Kammer in dem ihr durch das Gesetz eingeräumten Wirkungskreise und gemäß der Stellung, auf die sie nach dem Ansehen und den Kenntnissen ihrer Mitglieder Anspruch hat, erklären wir uns sowohl der Regierung als auch dem zur Gesetzgebung berufenen Reichsrat gegenüber zu dieser Mitwirkung in vollem Maße bereit und wird es nur von diesen Faktoren selbst abhängen, uns und unseren guten Willen voll in Anspruch zu nehmen. Mit dieser Erklärung lassen Sie uns unsere herbstliche Sitzungsperiode aufnehmen.

Die Rede des Präsidenten wurde oft von lebhaftem Beifall unterbrochen, insbesondere an jenen Stellen, die sich mit der Tätigkeit des einzuberufenden Parlamentes beschäftigten.

Ein Dringlichkeitsantrag des Kammerrates E. M. Engel und Genossen verweist darauf, daß in letzter Zeit häufig Verordnungen, die mit dem Wirtschaftsleben in engem Kontakt standen, erlassen wurden, ohne daß hierbei die Kammer befragt worden wären. Soweit es sich hier um Verordnungen handelte, die durch die kriegerischen Verhältnisse plötzlich nötig wurden, konnte gegen das Uebelgehen der Kammer nichts eingewendet werden. Jedoch wurden die Kammer auch in zahlreichen Fällen nicht befragt, in denen der Erlassung der Verordnungen ein längerer Zeitraum der Vorbereitung und des Studiums vorausging. Es wird beantragt, die Kammer möge in einer an das Ministerpräsidium gerichteten Eingabe auf diese Mängel hinweisen und dahin vorstellig werden, daß künftig vor Erlassung von Verordnungen, welche wirtschaftliche Interessen tangieren, stets die Handels- und Gewerbekammern um gutachtliche Äußerungen befragt werden.

Die Dringlichkeit wurde dem Antrage zuerkannt und dieser selbst genehmigt.

Ein Antrag des Kammerrates Artur Zemberger verweist auf die in Deutschland bereits errichtete Zentralstelle für die Ueberleitung der Kriegswirtschaft in den Friedenszustand und hält es für notwendig, daß auch bei uns an die Errichtung einer ähnlichen geschritten werde. Wenn es wahr ist, daß wir mit 1. August 1914 einen roten Strich unter die handels- und wirtschaftspolitischen Erfahrungen der Vergangenheit zu machen und grundlegend neu aufzubauen haben werden, so muß der in Betracht kommende Gegenstand wissenschaftlich und kommerziell weit mehr untersucht und beraten werden, als dies bisher der Fall war. Es wird daher beantragt, der österreichischen Regierung die Errichtung einer solchen Stelle zu empfehlen.

Ein Antrag von Kammerrat Winds geht dahin, an geeigneter Stelle maßgebende Schritte zu unternehmen, damit die Vorschreibung der Einkommensteuer in Einzelziffern mit der gegenständlichen Bezeichnung erfolge und für eine rechtzeitige Zustellung der Zahlungsaufforderung vorgesorgt werde.

Im Uebergange zur Tagesordnung genehmigte die Kammer, entsprechend einem Berichte des Kammersekretärs Dr. W. Rabes, die Vorschläge der niederösterreichischen Fortbildungsschulverbände für das Verwaltungsjahr 1916/17.

Ein Bericht des Kammerkonsulenten Dr. Herbert Ertl bespricht die Frage der Tragbarkeit von Forderungen gegen aus dem Felde zurückkehrende Krieger. Da diese Frage weite Kreise zieht und ein eingehendes Studium benötigt, wird der Antrag gestellt, das Justizministerium zu ersuchen, über diese Frage eine Enquete zu veranstalten.